

FREI – WOFÜR

(Fortsetzung von Seite 2)

Eine besondere Sorge ist dabei zugegeben, auch wenn sie meist zu groß geschrieben wird: die sogenannten Halbstarke. Wenn diese Mopedraser- und Händelsuchertypen noch mehr freie Zeit haben, dann können wir uns auf etliches gefaßt machen, heißt es. Selbst wenn dieser Pessimismus recht behalten sollte, so ist das immer noch kein Problem der Fünftageweche, sondern ein Problem der Lebensalter. Gegen die vermehrte Freizeit eines Familienvaters ist es noch lange kein Argument, wenn etliche junge Burschen draußen Rabatz machen, weil sie drinnen, nämlich im Elternhaus, keine Nestwärme hatten, als sie klein waren, und keine innere Autorität fanden, als sie größer wurden. Wenigstens in der Kirche haben wir einzusehen gelernt, wie sehr man die Ursachen für die Halbstarkefrage nicht in der jungen Generation, sondern in der der Erwachsenen zu suchen hat. Auf alle Fälle ist aber zuzugeben, daß das verlängerte Wochenende gerade für die Jugend in der Tat erhebliche neue Fragen stellt und daß etwa unsere evangelischen Jugendgruppen besonderes Lob verdienen würden, wenn sie hier etliche Phantasie für neue Wege aufbrächten und sich nicht nur für sich selber, sondern auch für die sogenannten Außenstehenden viel Neues einfallen ließen.

Allerdings sind wir hier an einem Punkt, der die entscheidende Frage der Kirche an die vermehrte freie Zeit ist: Wer ist zu diesem Dienst an den „verlängerten Wochenendlern“ bereit, das heißt bereit, seine eigene neue Freizeit weithin in den Dienst der Sache Gottes zu stellen? Anders und ein wenig brüsk gefragt: Ist es nicht bereits bis in die Gemeinde Jesu Christi hinein ein stillschweigendes, aber hartnäckig verfochtenes Übereinkommen, daß die neue Freizeit nun aber auch wirklich ganz meine private freie Zeit zu sein hat? Daß ich also auch für etwaige Dienste in der Gemeinde übers Wochenende nicht mehr gerne ansprechbar bin, und zwar ab Freitagabend einschließlich — „damit man auch was davon hat“. Drastisch ausgedrückt heißt das: Mitarbeit in der Gemeinde kann, wenn überhaupt, dann nur noch von Montag bis Donnerstag von mir erwartet werden. In der übrigen Zeit habe ich frei.

Darum: Frei, ja — aber frei wofür denn? Man ist doch nicht frei von etwas, sondern auch für etwas. Oder für jemanden. Beispielsweise für Jesus und für seine Gemeinde. Werden in unserer Kirche Menschen sein, die diese Konsequenz aus der Fünftageweche ziehen? Oder werden wir nur eine Verlängerung unseres von der Gemeinde nicht strapazierfähigen Privatlebens darin erblicken? Je nachdem kann die neue Freizeit eine mächtige Hilfe für das Leben der Kirche werden — oder aber eine deprimierende Lähmung am Leib Christi, an der Gemeinde. Wir werden die eigentlich dringende Frage: Frei wofür? im Hinblick auf Christus zu beantworten haben. Auch dann, wenn wir nicht zu den glücklichen Besitzern einer Fünftageweche zählen.

Ob es aber nicht doch unmittelbare Aufgaben der Kirche im Blick auf die neue Situation des zweitägigen Wochenendes gibt? Oder passiert hier ein Vorgang, den die Kirche nur zur Kenntnis nehmen und mit etlichen wohlmeinenden Ratschlägen kommentieren kann?

Die einen meinen, es sei Aufgabe der Kirche, jetzt mit einem gefüllten Beutel von erprobten Freizeitgestaltungsplänen anzurücken und sich

von einem Spielverderber, als der sie oft verschrien war, in einen maître des plaisir zu verwandeln. Die andern warnen davor, sich mit dieser Fünftageweche in irgend etwas einzulassen und dem Teufel auch nur den kleinen Finger zu geben. Sicher haben weder die einen noch die andern recht. Die Aufgabe der Kirche Jesu Christi bleibt immer dieselbe: die Menschen dorthin zu rufen, wo Christus gepredigt wird, und mit der Predigt von Christus dorthin zu gehen, wo die Menschen sind.

Daraus folgt zweierlei: Erstens, daß die Kirche an der Predigt des Evangeliums festhält und damit also daran, daß dies nach dem Befehl des Herrn der Kirche in erster Linie am Sonntag stattfindet. Um den Sonntag geht es auf alle Fälle und unter allen Umständen. Weil sich hier aber bis jetzt keine Erleichterung, sondern eher eine — für manche doch überraschende — Erschwerung der Sonntagsheiligung abzeichnet, kommen Christen hier um eine klare Stellungnahme nicht herum. Die doppelte neue Gefahr für den Sonntag besteht darin: Die einen „heiligen“ den Samstag in einer ganz neuen, weltlichen, egoistischen Art, indem sie von niemand gestört sein wollen, weder von ihrem Verein noch von einem großen Fußballspiel noch von einem Kongreß noch natürlich von der Kirche. „Der Samstag sei dem Menschen heilig“, da ist man nicht zu sprechen. „Wenn ihr einen Kongreß, ein Heimattreffen halten oder mich als Zuschauer irgendwo dabei haben wollt — bitte, dafür ist der Sonntag da. Aber mein Samstag gehört mir!“ Der Sonntag wird also durch die Fünftageweche eher noch mehr gefährdet als vorher. — Die andern versuchen ernstlich, sinnvolle Wochenendgestaltung zu propagieren und machen Segelfugkurse, Sportlehrgänge, Studien- und Vergnügungsreisen usw., aber selbstverständlich mit vollem Zweitagesprogramm, das einen „Tag des Herrn“ nicht kennt.

Die christliche Kirche kann das nicht gut heißen. Sie sagt zu einem freien Samstag um des Menschen willen gerne ja, aber sie muß genau so entschieden um Gottes willen zu jeder Entheiligung des Sonntags nein sagen.

Karl Barth und der „politische Takt“

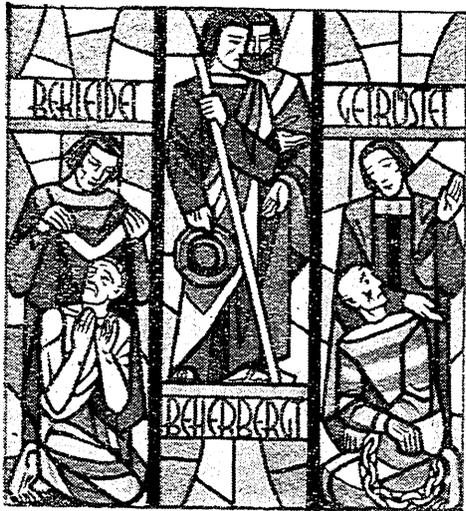
Als im Herbst 1958 der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels an den Philosophen Karl Jaspers verliehen wurde, verbreiteten unterrichtete Leute das Gerücht, „ursprünglich“ sei die hohe Auszeichnung dem Basler Theologen Karl Barth zugedacht gewesen. Daß am Ende Karl Jaspers erkoren wurde, gehe auf „Winke aus Bonn“, d. h. auf den Bundespräsidenten persönlich zurück. Inzwischen hat Prof. Heuss erklärt, daß er keinerlei Einfluß auf die Entscheidung des Preiskomitees genommen habe. Er habe lediglich geäußert, daß er bei einer Verleihung des Preises an Karl Barth nicht zugegen sein würde. „Ich bitte, mich nicht für so ungebildet zu halten, daß ich den geistigen Rang und die moralische Kraft des Mannes nicht zu würdigen wisse. Aber aus wiederholten Begegnungen bin ich dessen ziemlich gewiß, daß die Situation gekommen wäre, die für mich, vielleicht auch für ihn, peinlich geworden wäre. Das hat mit Liberalität gar nichts zu tun, sondern mit politischem Takt, den ich im gegebenen Fall Karl Barth wie mir selbst schuldig zu sein glaubte.“ Mit diesen Worten hat Bundespräsident

Noch so sinnvoll und ernsthaft gestaltete Hilfen zur Gestaltung des langen Wochenendes müssen wir klar ablehnen, wenn sie den Sonntag, die Zeit der Gottesdienste miteinander beziehen. Es ändert sich praktisch auch nie etwas, wenn eine Organisation erklärt, sie lege ja keinem ihrer Mitglieder etwas in den Weg, falls einer zur Kirche gehen wolle. Gott will nicht, daß ein paar Leute eine Art Narrnenfreiheit zum Kirchengang kriegen, sondern daß sein Tag geheiligt und gerade bei einem nunmehr freien Samstag aus anderweitiger Programmgestaltung durchaus ausgeklammert wird.

Zweitens folgt aus dieser immer gleichen doppelten Aufgabe der Kirche, daß sie missionierende Kirche ist und also immer auch an diejenigen Menschen gewiesen ist, die für Gott und sein Evangelium noch keinerlei Organ haben und zunächst einmal dieser Forderung auf Sonntagsheiligung mit ehrlicher Ahnungslosigkeit gegenüberstehen — auch dann, wenn sie einmal vor Jahr und Tag Konfirmandenunterricht gehabt haben. Von Heiden kann man nicht erwarten, daß sie zum Gottesdienst kommen. Vielmehr muß eine missionierende Kirche mit der Botschaft von Christus zu ihnen kommen, dorthin gehen, wo sie sind.

Ob man nicht doch am Freitagabend — zwar keinen Wochenschlußgottesdienst halten könnte, denn die Woche ist am Freitag eben nicht geschlossen, aber irgendeine Abendandacht neuer Art, besonders für die, die nun zwei Tage fortgehen werden? Ob nicht die Gottesdienste und sogar die Seelsorge auf Campingplätzen von der Kirche viel weiter ausgebaut werden müßten? Ob wir nicht im Winter auch an den Wintersportplätzen mit ähnlichen Versuchen erfinderisch werden müßten? Denn es ist doch blanke Illusion, zu sagen, ein Kirchturm sei in der Nähe der meisten Skizentren zu finden, wenn jemand nur wolle. Zunächst wollen sie ja gar nicht, so wenig wie auf den Zeltplätzen. Aber sie kommen eher, wenn sie so direkt angesprochen werden. Entmutigende Versuche mit Ausflügelgottesdiensten sind kein Grund, die Mission abzublenden. Die Kirche würde ja aufhören, Kirche zu sein! Vielleicht nötigt uns die Fünftageweche zu heilsamer Selbstbesinnung darauf, daß die Kirche Christi immer missionierende Kirche ist? Kurt Hennig

Prof. Heuss geradezu klassisch formuliert, was viele Menschen unserer Tage empfinden: wer auf „politischen Takt“ Wert legt, tut gut daran, sich nicht mit Karl Barth einzulassen. Denn eben diese Tugend scheint der Theologe aus Basel nicht sonderlich „groß“ zu schreiben. Wer das aus den Jahren 1955 ff. nicht mehr weiß, hat dafür erst vor kurzem eine neue Bestätigung finden können: in dem „Brief an einen Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik“, den Barth Ende August geschrieben und kurz vor dem Jahreswechsel im Evangelischen Verlag Zollikon (45 S., brosch. DM 5,10) veröffentlicht hat. Mit bemerkenswertem Eifer stürzten sich schweizerische und deutsche Publizisten auf gewisse Bemerkungen des Barthschen Briefs, die an kritischer Beurteilung des Westens wahrlich nichts zu wünschen übrig lassen, ganz besonders auf den Satz, daß die „Kirchlichen Bruderschaften“ in der Bundesrepublik seit Jahr und Tag in dem „anstrengendsten Handgemenge“ stehen „mit den Mächtigen und Gewaltigen, den Geistern und Dämonen im Lande des Wirtschaftswunders, mit seinem gedankenlosen Anschluß an



Dieses neue Fenster im Gottesdienstraum der Karlshöhe in Ludwigsburg ist nach einem Entwurf von A. Loy geschaffen worden.

die NATO, mit seiner Remilitarisierung, seinem Militärseelsorgevertrag, seiner Atomwaffen-Aufrüstung, seiner panischen Russenangst, seinen Kreuzzugsstimmungen, seinen alten Nazis, mit all dem Fatalen, was „Bonn“ und CDU sachlich und personell auch und nicht zuletzt in der evangelischen Kirche bedeuten“.

Zweifellos: solche Bemerkungen sind nicht gerade geeignet, bei der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung Freude hervorzurufen. Eine andere Frage ist es freilich, ob man den Absichten des Basler Theologen gerecht wird, wenn man sich an solchen Bemerkungen seines Briefes festbeißt. Denn: so gewiß sich diese Äußerungen aus Barths Grundanschauung folgerichtig ergeben, so ist jener Brief doch keineswegs ein „politischer Traktat“, sondern vielmehr ein Versuch, einem Prediger des Evangeliums in der schwierigen Situation der „DDR“ nach bestem Wissen und Gewissen zu raten bzw. zu einer „Theologischen Existenz heute“ zu verhelfen.

Wie Karl Barth diese Absicht durchzuführen sucht, sei zunächst an einer – allerdings sehr umstrittenen – Einzelfrage beleuchtet: dem Problem der „Pfarrerflucht“. Bekanntlich haben die Kirchenleitungen in der Bundesrepublik mit denen in der „DDR“ vereinbart, daß Pfarrer, die ihre Gemeinde ohne Zustimmung ihrer Kirchenregierung verlassen und sich nach Westberlin oder der Bundesrepublik „absetzen“, ihres Amtes und ihrer Rechte verlustig gehen. Zahlenmäßig halten sich diese Fälle in bescheidenem Rahmen. Trotzdem wird jene Vereinbarung nicht selten kritisiert: so etwa mit der Erwägung, daß die Kirche nicht mit Hilfe des Disziplinarrechts erzwingen dürfe, was von einem Pfarrer nur eben geistlich erwartet werden kann. Karl Barth dagegen argumentiert: „Republikflucht eines Pfarrers wird doch wohl praktisch immer heißen, daß er seine Gemeinde, die ihm ja bei solcher Flucht nicht folgen kann, nach eigenem Gutdünken im Stich läßt. Es mag Fälle geben, in denen sich das menschlich verstehen und insofern entschuldigen läßt. Aber auch dann ist solches Tun doch wohl gleichbedeutend damit, daß der Mann sich selbst seines Amtes enthoben hat. Er kann doch wohl weder vor den Menschen noch vor Gott in Anspruch nehmen, nach wie vor den Charakter eines Pfarrers und die allenfalls mit diesem verbundenen Rechte zu besitzen. Es erscheint mir darum vorläufig unmöglich, das Verhalten Ihrer Kirchenbehörden in dieser Sache zu tadeln“ (S. 40–42).

Das Beispiel macht klar, was Karl Barth grundsätzlich will: daß vor allen politischen

oder Zweckmäßigkeitserwägungen auf das Wort Gottes gehört werde. Er rät seinen Amtsbrüdern in der DDR, das „Abc zu exerzieren, das den Christen zum Christen macht, nämlich schlicht: an den Gott ernstlich und fröhlich zu glauben, den zu bezeugen dort Ihr wie hier unser Auftrag ist. An Ihn glauben heißt aber: Ihn, sein Reich und seine Gnade und also unsern Herrn und Heiland Jesus Christus über alle Dinge fürchten und lieben, Ihn in allen großen und kleinen Problemen als den, der er war, ist und sein wird, anerkennen und gelten lassen, unser persönliches wie unser soziales Leben daraufhin wagen, daß wir alles Gute von Ihm und von Ihm alles Gute zu erwarten haben“ (15). Darum widerrät Barth, etwa der – menschlich verständlichen – Sehnsucht nach dem „Westen“ einen Primat gegenüber den Verpflichtungen auf das Evangelium einzuräumen. Darum findet er kein stichhaltiges Argument gegen eine von der DDR-Regierung geforderte „Loyalitätserklärung“ der Pfarrer, darum rät er auch, nicht gegen, sondern für die „DDR“ sowie um Licht und Kraft zu einem rechten christlichen Sein und Tun in der „DDR“ zu beten (S. 29–32).

Natürlich: solche Ratschläge stehen und fallen mit der Voraussetzung, daß „Gott über alle Dinge“ ist, auch über den Atheismus und Materialismus wie über den gesetzlichen Totalitarismus in der „DDR“. Diesen Glauben zu wecken und zu stärken ist denn auch die vornehmste Sorge in Barths Brief. Daß dieser Glaube die Bereitschaft zum Leiden einschließt, kommt schon darin zum Ausdruck, daß Barth dem Empfänger des Briefs den 1. Petrusbrief zu aufmerksamster Lektüre empfiehlt, auch wenn er den „brüllenden Löwen“ nicht ohne weiteres mit dem Kommunismus gleichzusetzen vermag, sondern darauf hinweist, daß derselbe Löwe auch in westlicher Gestalt am Werk ist. Gott ist auch über dem Atheismus. Warum? Weil Er, der sich in Jesus Christus eines jeden Menschen angenommen hat, nicht dadurch „menschlös“ wird, daß etliche es sich beikommen lassen, „gottlos“ sein zu wollen. Und von dieser Behauptung ist es dann nur noch ein Schritt zu der Folgerung Barths, sogar in der Beschneidung des Öffentlichkeitsanspruchs der Kirche „ein ihr durch das Werkzeug des sozialistischen Staates wider dessen Willen zugewendetes göttliches Liebeswerk“ zu sehen: „Eigentlichen und echten Öffentlichkeitsanspruch kann nur Gott selbst für sein Wort erheben. Die Kirche hat keinen ‚Anspruch‘ auf Öffentlichkeit ihres Wortes. Anspruch hat das Wort Gottes auf den treuen, genauen und gänzlich anspruchlosen Dienst ihres Wortes. Öffentlichkeit kann dieses nur bekommen, indem Gott in seiner unverdienten Gnade sie ihm geben will“ (35).

Doch genug der Beispiele! Was Barth fordert, dürfte weder im Osten noch im Westen bequem zu hören sein. Barth läßt sich in kein politisch-weltanschauliches „Schema“ zwingen. Er widersteht vielmehr bewußt und folgerichtig jenem verbreiteten und gefährlichen „Denken in Fronten“. Aber auch wenn man einwendet, daß Barths praktische Ratschläge – beileibe nicht nur wegen der großen Entfernung! – schlecht gezielt und schlecht getroffen seien, dann ist damit noch nichts über Recht oder Unrecht der Voraussetzungen gesagt, ja nicht einmal etwas über die Sauberkeit der Barthschen Schlüsse. Kurzum: wer Barth nur politisch kritisiert, wird ihn nicht wirklich treffen. So betrachtet ist sein Brief ein Exempel, an dessen Kritik auf alle Fälle herauskommt, ob und inwieweit der Leser noch vom Wort Gottes her selbständig zu denken vermag.

ZWIESPRACHE

Die Leser-Einsendung in Nr. 4 hat je nach Temperament scharfe bis empörte Ablehnung erfahren. Eines ist dabei freilich be- trüblich, daß uns vereinzelt Leser in diesem speziellen Falle ganz gründlich mißverstanden haben. Wie z. B. jenes Gemeindeglied aus L., das jedenfalls nicht richtig gelesen hat, sonst könnte es nicht meinen, wir hätten uns die Auffassung des Briefschreibers zu eigen gemacht, und uns mit Abbestellung bestrafen. Ein emeritierter Pfarrer aus S. erinnert an das lateinische Sprichwort, das zu deutsch lautet: „Wenn du geschwiegen hättest, wärest du ein Philosoph geblieben.“ Ein Vikar bemerkt: „Es ist mir fast leid, daß Sie dieser dummen Zuschrift in Sachen ‚Festpredigten‘ so viel Ehre angetan und sie im Gemeindeblatt veröffentlicht haben. Hier wird ja etwas theologisch garniert, was einfach schlicht mangelndes Gefühl für einen Anstand und mangelndes Verständnis für eine hoffentlich bis heute gerechtfertigte Rangordnung ist.“ Frau M. H. in L. meint: „Zugegeben, daß bei der Vielzahl derartiger Feste in der heutigen Zeit solche Anforderung für die führenden Männer unserer Kirche eine außerordentliche Belastung bedeutet. Wenn sie aber diese Opfer an Mühe und Zeit bringen, dürfte es sich wohl erübrigen, daß Pfarrer Z. glaubt, dies als ‚nicht stimmend‘ abtun zu müssen. Jede Gemeinde wird dankbar dafür sein, weil es ihr ein Beweis ist für die Verbundenheit der Kirchenleitung mit den Gemeinden hin und her im Lande und sie sich freuen wird, auch einmal jemand von dieser zu sehen.“ Und noch eine letzte: Auf einer Karte fragt R. S. in S. kurz: „Sollten wir es unserem Landesbischof, ‚Bischöfen und Oberkirchenräten‘ nicht aufrichtig und ehrlich danken, wenn sie persönlich Führung nehmen mit den Gemeinden rings im Land? Sollte man in ‚B.‘ dafür kein Verständnis aufbringen? Hier stimmt etwas nicht!“ –

Gern tragen wir zum Titelbild der Nr. 5 nach, daß das Gemälde von Carl Obenland sich im Besitz der Bausparkasse G. d. F. Wüstenrot in Ludwigsburg befindet.

In Kürze

Die Provinzialsynode Berlin-Brandenburg hat eine Neuordnung der Konfirmation beschlossen, wonach in diesem Jahr der Konfirmandenunterricht von der Feier des ersten Abendmahls getrennt wird und die Jugendlichen, die sich der Jugendweihe unterzogen haben, erst nach einer kirchlichen Zurüstung ein Jahr nach Abschluß des Konfirmandenunterrichts zum Abendmahl zugelassen werden können.

Der „Zentrale Ausschuß für die Jugendweihe“ in der DDR bestreitet in einer polemischen Entschliebung gegen die Kirche, daß mit dem Gelöbnis zur Jugendweihe ein Bekenntnis zum Atheismus verlangt werde.

Vom 9. bis 14. März findet an der Universität in Wien eine „Evangelische Woche“ statt.

Alle protestantischen Konfessionen in China sollen von der kommunistischen Regierung zur Bildung einer umfassenden Unionskirche gezwungen worden sein. Von dieser Maßnahme, so wird von kirchlichen Stellen in New York berichtet, seien 16 Kirchengemeinschaften betroffen worden; viele Gotteshäuser hätten geschlossen werden müssen. In Schanghai seien von 200 Kirchen nur 16 übriggeblieben, in Peking von 65 nur 4.